

Jakob von Weizsäcker

Europa neu denken.



Liebe Freunde Europas,

dieser Tage habe ich am eigenen Leib erleben können, wie absurd mein Beruf manchmal sein kann. Ein kleiner Brief mit Augenzwinkern an die Europäische Kommission, ob wir in Deutschland nach dem Brexit nicht Marmelade wieder Marmelade nennen dürfen, um uns damit den bitteren Beigeschmack des Brexit zu versüßen, macht eine große Medienwelle. Meine eigentliche Gesetzgebungsarbeit, die Stabilität von zentralen Gegenparteien zu verbessern, findet außerhalb der Finanzpresse hingegen keinerlei mediale Beachtung. Das liegt nicht daran, dass diese zentralen Gegenparteien nicht wichtig wären: pro Jahr werden dort Derivatetransaktionen über Hunderte von Billionen Euro abgewickelt. Und im unwahrscheinlichen (aber leider keineswegs unmöglichen) Fall, dass eine der großen zentralen Gegenparteien Pleite ginge, droht eine Kernschmelze des Weltfinanzsystems.

Ich will den Medien keine großen Vorwürfe machen. Es ist objektiv fast unmöglich, in der klickgetriebenen Aufmerksamkeitsökonomie die zentralen Gegenparteien so aufzuarbeiten, dass sie gegen die Marmelade ankommen.

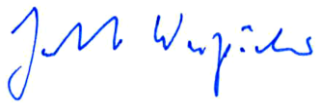
Früher gab es in den seriösen Zeitungen eine Seite für „Vermischtes“, also für etwas leichtere Kost. Die haben alle gerne gelesen, ich auch. Das Problem ist, dass zunehmend das Vermischte überhandnimmt und damit unsere Aufmerksamkeit von Fragen ablenkt, um die sich aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger eigentlich stärker kümmern müssten, weil sonst die lobbygestützten Spezialinteressen gewinnen, oder die post-faktischen Populisten. Das ist ein großes und recht grundsätzliches Problem für unsere Demokratien, für das ich auch kein Patentrezept habe, auch wenn ich hoffe, dass ein europäisch ausgestalteter öffentlich-rechtlicher Rundfunk hier zumindest einen Beitrag zur Lösung leisten kann.

Gleichzeitig sollten wir uns auch selbst etwas mehr beobachten. Wie oft greifen wir ohne Not zum Smartphone? Wieviel Ehrgeiz haben wir eigentlich noch, uns anspruchsvollere Texte anzueignen? Die Sommerferien sind sicher ein guter Moment, um sich der klickgetriebenen Aufmerksamkeitsökonomie etwas zu entziehen und sich grundsätzlichere Fragen zu stellen. Mit Blick auf die Bundestagswahl gehört dazu auch etwas grundsätzlicher die Frage, wie wir

in Deutschland im kommenden Jahrzehnt leben wollen - nicht nur wer welche Talkshow gerade warum verlassen hat, oder auch nicht. Als Sozialdemokraten wissen wir: Wenn grundsätzlichere Fragen nicht mehr gestellt werden, dann ist das gut für den Status Quo und schlecht für den gesellschaftlichen Fortschritt.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Euch einen schönen und erholsamen Sommer und dann viel Schwung mit Blick auf den 24. September,

Mit herzlichen Grüßen



Jakob von Weizsäcker

THEMEN

IN BRÜSSEL..... 1

REFORM DER EUROZONE	1
„EUROPAFUNK“	1
ES GEHT AUCH OHNE STEUERGELDER!	2
BERICHTERSTATTER FÜR WICHTIGEN GESETZESVORSCHLAG ZUR FINANZSTABILITÄT	3
LÄSST SICH DER BREXIT VERSÜßEN?	3
SERIE: KOLLEGEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT - PAUL TANG	3
FÜNF MONATE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT	4
AUSGEWÄHLTE VERANSTALTUNGEN IN BRÜSSEL	5

IN THÜRINGEN..... 6

PULSE OF EUROPE ERFURT	6
STEUERGERECHTIGKEIT – LASTEN FAIR VERTEILEN, ÖFFENTLICHE INVESTITIONEN ERHÖHEN	6
IN THÜRINGEN FUß GEFASST	7
„MIT POLITIKERN KANN MAN SOGAR REDEN“	8
BESUCHERFAHRT IN EINE „FREMDE WELT“	8
UNTERWEGS IN THÜRINGEN MIT DEN SPD-BUNDESTAGSKANDIDATEN	9
VERANSTALTUNGSRÜCKBLICK (AUSWAHL)	9

IN BRÜSSEL

REFORM DER EUROZONE

Der Eurozone scheint es gut zu gehen. Nach Jahren der Negativschlagzeilen erholt sich die Wirtschaft jetzt auf breiter Front. Sogar in Krisenländern wie Portugal oder Griechenland geht es wieder bergauf. Ist die Eurokrise vorbei? Kann endlich Entwarnung gegeben werden? Bei aller Erleichterung über die positive wirtschaftliche Entwicklung wäre das ein Irrtum. Denn die Ruhe ist trügerisch: Die Eurozone steht noch immer vor ganz grundsätzlichen Herausforderungen.



Da, wo die Politik in den letzten Jahren nicht entschieden genug gehandelt hat, wurde die Eurozone durch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank gerettet. Das hat bisher funktioniert, wird aber spätestens mit der bald anstehenden Zinswende nicht mehr funktionieren. Dann werden insbesondere Länder mit sehr hohen Schulden und unterdurchschnittlichem Wirtschaftswachstum, wie etwa Italien, riesige Probleme bekommen und der Eurozone fehlen die Instrumente, um diese zu lösen. Insgesamt haben wir noch keine guten Mittel, um auf große wirtschaftliche Schocks in der Währungsunion zu reagieren. Auch deshalb waren in den letzten Jahren, insbesondere in Südeuropa, viel mehr Menschen arbeitslos als nötig.

„EUROPAFUNK“

In sozialen Medien verbreiten sich Fake News oft schneller als seriöse Information, während

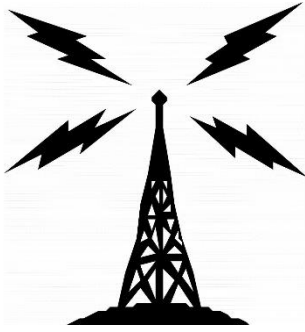
Damit diese Unzulänglichkeiten in der Eurozone nicht zu einer neuen großen Krise führen, müssen wir jetzt tätig werden. Erstens ist es wichtig, den Teufelskreis zwischen Bankenkrise und Staatsschuldenkrise endlich zu durchbrechen. Ein vernünftiger Schritt in diese Richtung könnte der Vorschlag sein, dass Staaten Zusatzverschuldung jenseits der europäischen Fiskalregeln nicht mehr als normale Staatsschulden aufnehmen dürften, sondern nur als hochriskante nachrangige Anleihen mit hohen Zinsen. Diese riskanten Anleihen dürften dann nicht mehr von den Banken gehalten werden, sodass bei einer Staatspleite die Bankbilanzen verschont blieben.

Zweitens müssen die Bürger der Eurozone besser vor wirtschaftlichen Schocks geschützt werden. Eine europäische Arbeitslosenversicherung könnte dafür sorgen, dass in schweren Zeiten die soziale Absicherung und damit auch die Nachfrage und Wirtschaft als Ganzes nicht zusammenbrechen. Gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und weiteren Mitstreitern arbeiten wir hierzu gerade an einem konkreten Vorschlag, der die Lasten von Arbeitslosigkeit, die auf schlechte nationale Politik zurückzuführen ist, nicht vergemeinschaftet, aber gleichzeitig in schweren Krisen echte Solidarität ermöglicht.

Mit Präsident Macron und nach der Bundestagswahl gibt es die Riesenchance, dass die deutsch-französische Partnerschaft endlich wieder Europa voranbringt, statt sich 10 Jahre nach Beginn der großen Finanzkrise weiter durchzuwursteln.

die nationalen Öffentlichkeiten in der Europäischen Union regelmäßig aneinander vorbeireden. Beides zusammen war für mich Anlass,

letztes Jahr die schrittweise Schaffung eines europäischen öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu fordern (Europafunk). Dabei geht es um eine europaweite, unabhängige, öffentlich-rechtliche Medienplattform, die Inhalte in allen Formen anbietet, in denen Europäer Medien konsumieren, also Bewegtbild, Text, Ton, Bild und deren innovative Kombination.



Dabei könnte es übrigens auch darum gehen, dass wir in der EU gemeinsam ein mediales Qualitätsangebot in Sprachen wie

ES GEHT AUCH OHNE STEUERGELDER!

In der Finanzkrise mussten zahlreiche Banken mit viel Steuergeld gerettet werden. Aus dieser bitteren Erfahrung sollten Lehren gezogen werden. So gibt es nun seit gut zwei Jahren eine gemeinsame europäische Bankenabwicklungsbehörde (SRB) für scheiternde Großbanken. Im Juni war es dann so weit: Mit der spanischen Banco Popular wurde die erste Bank nach den neuen Regeln abgewickelt. Dabei kam kein Steuerzahlergeld zum Einsatz. Stattdessen haben die Altaktionäre ihr Geld verloren. Und den Investoren in nachrangige Anleihen wurden darüber hinaus etwa zwei Milliarden Euro an Verlusten aufgebürdet. Danach war die Bilanz der Banco Popular soweit im Lot, dass sie zum symbolischen Preis von einem Euro an die spanische Großbank Santander verkauft werden konnte. So können die tragfähigen Teile des Geschäfts von Popular weitergeführt werden.

Das war gut für Europa und Europas Steuerzahler und ein Beispiel für soziale Marktwirtschaft: statt unser Steuerzahlergeld zur Rettung von Aktionären und Investoren zu versenken, behält der Staat sein Geld, um die sozialen Folgen, die

Arabisch, Türkisch und Russisch schaffen. So könnte Menschen in und außerhalb der EU, die sich vorzugsweise in diesen Sprachen informieren, eine attraktive Alternative zu den nicht immer ausgewogenen bestehenden Medienangeboten in diesen Sprachen gemacht werden. Das wäre sowohl für die Integrationspolitik wie für unsere Nachbarschaftspolitik von Vorteil und dürfte für weniger Geld eher mehr zu unserer Sicherheit beitragen als so manches Rüstungsprojekt.

Gemeinsam mit einer Reihe von Kollegen und Experten arbeite ich seit einigen Monaten daran, dieses Vorhaben voranzubringen, in der Hoffnung, dass es auch Teil einer deutsch-französischen Initiative für Europa werden könnte.

eine Bankpleite natürlich immer hat, abzufedern.



Leider kamen kurz nach diesem Lichtblick wieder Zweifel auf, ob die neuen Regeln für Banken schon zuverlässig funktionieren. Ende Juni rettete Italien zwei Lokalbanken mit Milliarden an Steuergeldern. Auch wenn der Fall nicht eins zu eins mit dem der Banco Popular vergleichbar ist, zeigt er doch: Das Ringen um ein sicheres Bankensystem und den Schutz der Steuerzahler in Europa ist noch nicht gewonnen.

BERICHTERSTATTER FÜR GESETZESVORHABEN ZUR FINANZSTABILITÄT

Zentrale Gegenparteien sind Schlüsselinstitutionen die internationale Finanzstabilität, aber für wenige Menschen außerhalb der Finanzbranche ein Begriff. Diese Einrichtungen haben sich darauf spezialisiert, den Handel zwischen verschiedenen Banken sicherer und effizienter zu machen. Banken machen ihre Derivateverträge nicht mehr direkt miteinander, sondern über die zentralen Gegenparteien als Mittler. Für den Finanzsektor reduziert sich dadurch das Risiko: wenn eine Großbank in Zukunft ausfällt fängt die zentrale Gegenpartei die Verlust auf und sorgt dafür, dass der Vertrag mit der anderen Vertragspartei trotzdem eingehalten werden kann.

Die Nennwerte der Derivate, die über zentrale Gegenparteien laufen, sind atemberaubend. Bei einigen Gegenparteien liegt die Größenordnung pro Jahr deutlich über dem Weltwirtschaftsprodukt. Der Schaden wäre also enorm, sollte eine große zentrale Gegenpartei trotz aller Sicherheitsvorkehrungen doch einmal zusammenbrechen. Der Gesetzesvorschlag zur Sanierung und Abwicklung von zentralen Gegenparteien, für den ich im Parlament federführend bin, befasst sich genau mit diesem Problem. Ziel ist es, die Risiken weiter zu verringern und

im Falle eines Falles mit vorab vereinbarten Krisenregeln den Steuerzahler noch deutlich besser zu schützen. Im Herbst wird das Gesetzgebungsverfahren hierzu in die heiße Phase gehen.



LÄSST SICH DER BREXIT VERSÜßEN?

Ohne einheitliche Produktstandards kann der Europäische Binnenmarkt nicht funktionieren. Dafür sind auf europäischer Ebene immer wieder Kompromisse erforderlich. Oft setzen sich deutsche Regelungen durch, aber nicht immer. Marmelade darf beispielsweise seit vielen Jahrzehnten nur noch so heißen, wenn sie Zitrusfrüchten enthält. Alles andere hat Konfitüre oder Fruchtaufstrich zu heißen. Weil diese Regelung damals nicht zuletzt auf Betreiben der

eingeführt wurde, habe ich vor einiger Zeit mit einem Augenzwinkern bei der Europäischen Kommission nachgefragt, ob man uns Kontinentaleuropäern den Brexit nicht versüßen könnte, indem man uns gestattet, Marmelade wieder Marmelade zu nennen. Die Kommission antwortete mir ganz trocken, dass eine Änderung der entsprechenden Richtlinie nicht geplant sei. Ich ließ die Sache dann auf sich beruhen.

Nicht aber der [Daily Telegraph](#) und die [Daily Mail](#), die daraus eine wilde Story machten, dass ein zorniger deutscher EU-Abgeordneter aus Thüringen die Änderung der ghassten Konfitürenverordnung verlange. Darauf habe ich dem Daily Telegraph in einem [Leserbrief](#) versichert, dass ich Marmelade (die britische mit Zitrusfrüchten) mag, sogar Marmite, den Humor und Großbritannien überhaupt und dass ich Großbritannien vermissen würde. [Sogar die BBC](#) lud mich dann noch ein.



SERIE: KOLLEGEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT - PAUL TANG

Seit Juli 2014 sitzt Paul Tang für die niederländischen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament. Er ist ein befreundeter Kollege im Ausschuss für Wirtschaft und Währung. Hier erzählt er von seinem Weg in die Politik und seinen politischen Prioritäten.



Warum bist Du Sozialdemokrat geworden und in die Politik gegangen?

Mit 20 bin ich der PvdA, der niederländischen sozialdemokratischen Partei beigetreten. Richtig politisch aktiv wurde ich aber erst später. Zuerst nutze ich noch meine Erfahrung als Wirtschaftswissenschaftler, um mich über Gastbeiträge in Debatten einzubringen. Erst

2007 begann dann meine Karriere in der aktiven Politik, als ich in das Niederländische Parlament gewählt wurde.

Für mich war und ist die Sozialdemokratie eine Bewegung für eine inklusive Gesellschaft, in der Gleichheit, Solidarität und Freiheit für alle im Mittelpunkt stehen. Diese Grundsätze sind für mich heute genauso wichtig wie damals, als ich der Partei beigetreten bin.

Was sind Deine politischen Prioritäten im Europäischen Parlament?

Märkte unter Kontrolle zu bekommen. Die Sozialdemokratie hat traditionell die Aufgabe, den Kapitalismus vor den Kapitalisten zu schützen, den Kapitalismus unter Kontrolle zu kriegen. In meiner Zeit als Sprecher für Finanzen im holländischen Parlament habe ich miterlebt, welchen gesellschaftlichen Schaden Finanzkrisen anrichten können. Deshalb ist es so wichtig, für stabile Finanzmärkte und eine funktionierende Wirtschaft zu sorgen. Märkte müssen immer der Gesellschaft dienen.

Mir liegt außerdem am Herzen, die EU demokratischer zu machen. Zurzeit setzen wir zu stark auf das regelbasierte, legalistische System. Das führt zu Misstrauen zwischen Staaten und Gesellschaften und erlaubt keine echten politischen Debatten. Die Union, die ich möchte, ist eine politische und demokratische Union.

Man hört immer wieder von großer EU-Skepsis in den Niederlanden. Was für ein Bild haben die Niederländer von Europa?

Die EU steht oft stellvertretend für Entwicklungen, die großen Teilen der Bevölkerung Angst machen: Es scheint als seien Arbeitnehmer weniger wichtig als Aktionäre und Eigentümer. Der Staat hält sich zurück und kürzt Sozialausgaben, Einwanderung verändert Gesellschaften, und die EU scheint oft auf der Seite von Märkten und Globalisierung zu stehen. Kein Wunder also, dass sich die Menschen fragen, wer sich noch um sie kümmert. Diese Entwicklungen tragen zur EU-Skepsis in großen Teilen der Bevölkerung bei. Trotz alledem wird der Grundgedanke der europäischen Kooperation immer noch unterstützt. In einem

kleinen Land wie den Niederlanden ist das in gewisser Weise eine notwendige Selbstverständlichkeit.

Welche Reformen brauchen wir in Europa, damit die EU endlich wieder besser funktioniert?

Die EU muss sozialer und demokratischer werden. Wir brauchen eine Union die schützt. Es geht um Schutz vor spekulierenden Märkten und internationalen Gefahren, aber auch um den Schutz unserer europäischen Werte. Denn die besten Beispiele von freiheitlichen Demokratien kann man immer noch in Europa finden. Das muss auch in Zukunft so bleiben.

FÜNF MONATE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Martha Düker, 24 Jahre, Masterstudentin in European Economic Studies an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, war von März bis Juli 2017 Praktikantin in meinem Brüsseler Büro. Hier berichtet Sie von ihren Eindrücken.



Warum hast du dich für ein Praktikum in meinem Büro in Brüssel entschieden?

Ich wollte besser verstehen, warum es so schwierig ist, eine Geld- und Wirtschaftspolitik für Europa zu gestalten, die allen EU-Mitgliedsstaaten ein ähnliches Maß an Wohlstand bringt. Außerdem habe ich gehofft, mehr über zukünftige Reformen der Wirtschafts- und Währungsunion zu erfahren. In der Tat konnte ich viele interessante Anregungen mitnehmen.

Zurzeit wird viel und intensiv über die Zukunft der EU debattiert. Hast du während deines Praktikums etwas von diesen Diskussionen mitbekommen?

Ob beim Small Talk im Fahrstuhl oder auf größeren Veranstaltungen: Um die Frage, wie man wieder für Wind in den Segeln der europäischen Idee sorgt, ging es immer wieder. Viel wurde über ein neues Bündnis zwischen Frankreich und Deutschland gesprochen. Oft wurde es auch konkret, etwa bei Debatten über ein Budget für die Eurozone oder eine Art europäischer Arbeitslosenversicherung.

Welche Aufgaben hattest du während des Praktikums?

Neben den organisatorischen Tätigkeiten im Büro, wie zum Beispiel der Unterstützung der Veranstaltungsorganisation, wollte ich auch an den Themen im Wirtschaftsausschuss mitarbeiten. Von vielen Fragestellungen und Gesetzesvorhaben hatte ich vor Beginn meines Praktikums noch nie etwas gehört. Nach einiger Einarbeitungszeit in die neuen Themengebiete

konnte ich das Büro aber immer wieder mit relevanten Informationen unterstützen.

Gab es ein besonderes Highlight in deiner Zeit in Brüssel?

Die Abschaffung der Roaming-Gebühren innerhalb der EU! Das kam wirklich sehr passend, da ich mich nicht um einen belgischen Handyvertrag gekümmert hatte. Bezogen auf meine Arbeit war es eine ganz besondere Erfahrung, mitzerleben, wie über einen Bericht zu „Mindesteinkommen als Instrument zur Armutsbekämpfung“ abgestimmt wurde. Zu diesem hatte ich einige Ideen mit eingebracht.

AUSGEWÄHLTE VERANSTALTUNGEN IN BRÜSSEL

8. März: Fachdiskussion zu Staatsfonds mit Giacomo Corneo (FU Berlin) und Jacques Delpla (Toulouse School of Economics) im Rahmen des von mir geleiteten „Next Left Economic Circle“ der FEPS. Mein Fazit: In Zeiten von niedrigen Zinsen auf Staatsanleihen könnten Staatsfonds auch ein Weg für rohstoffarme Staaten in Europa sein, um Wohlstand für kommende Generationen zu sichern. Entscheidend ist aber die Ausgestaltung solcher Fonds. Da sind noch viele Fragen offen.

11. Mai: Fachkonferenz zu Blockchain im Europäischen Parlament, organisiert gemeinsam mit Eva Kaili (Europaabgeordnete aus Griechenland) und der Europäischen Kommission. Mein Fazit: Die möglichen Anwendungen der Blockchain-Technologie, die durch die virtuelle Währung Bitcoin bekannt wurde, sind enorm vielfältig und reichen von Finanztransaktionen über intelligente Stromnetze und Stromabrechnungssysteme bis hin zum digitalen Management von Autorenrechten und digi-

Welche neuen Erfahrungen nimmst du jetzt mit?

Ein vom Winterschlaf erwachendes Brüssel, viele internationale Bekanntschaften und ein besseres Verständnis dafür, wie europäische Gesetzgebung funktioniert. Diese neu gewonnenen Eindrücke und das neue Wissen werden mich mit Sicherheit auch in Zukunft begleiten. Ich hatte eine wunderbar lehrreiche und spannende Zeit in Brüssel. Dafür und für die zahlreichen spannenden Impulse und Gespräche bin ich Jakob von Weizsäcker und seinem Team sehr dankbar.

taler Demokratie. Aufgabe der EU ist jetzt, dafür zu sorgen, dass sich das Potential der Technologie entfalten kann, Risiken aber beherrschbar bleiben.



21. Juni: Diskussion zur neuen Architektur für die Eurozone mit Fabien Dell aus dem Kabinett von Wirtschaftskommissar Moscovici und auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel. Mein Fazit: Der Reformbedarf in der Eurozone ist nicht zu übersehen. Mit Macron und nach der Bundestagswahl muss die Chance für eine deutsch-französische Initiative für den Euro endlich ergriffen werden.

IN THÜRINGEN

PULSE OF EUROPE ERFURT



Das Brexit-Referendum, die Trump-Wahl in den USA, die Entwicklungen in der Türkei und der Zulauf zu Rechtspopulisten: unerfreuliche Schlagzeilen gab es in den letzten Jahren und Monaten zuhauf. Mit ihnen wuchs auch die Sorge um die Zukunft der Europäischen Union. Die Bürgerbewegung „Pulse of Europe“ wollte nicht länger tatenlos zusehen. Seit November 2016 sind deshalb, zuerst in vielen deutschen Städten und dann vielerorts in Europa, Menschen jeden Sonntag auf die Straße gegangen, um für Europa zu demonstrieren. Auch Erfurt war seit Anfang März dabei.

Für mich als Europaabgeordneten ist das großartige bürgerschaftliche Engagement von „Pulse of Europe“ ein zusätzlicher Ansporn für meine Arbeit in Brüssel und Straßburg. Begeistert hat mich insbesondere die Nachricht, die aus vielen deutschen Städten vor der französischen Präsidentschaftswahl nach Frankreich ging: Bleibt europäisch!

Errungen werden muss Europas Zukunft aber auch in der Bundestagswahl. Deshalb soll es nach der Sommerpause weitergehen. „Pulse of Europe“ wird ab dem 3. September bis zur Wahl wieder auf die Straße gehen. In Erfurt jeden Sonntag um 14 Uhr auf dem Wenigemarkt.

STEUERGERECHTIGKEIT – LASTEN FAIR VERTEILEN, ÖFFENTLICHE INVESTITIONEN ERHÖHEN

Steuerpolitik muss kein Buch mit sieben Siegeln sein. Das hat Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung im März bei einer Veranstaltung des von mir geleiteten Zukunftsforums „Gesellschaft im Wandel“ der Thüringer SPD deutlich gemacht - und das obwohl (oder weil) er kürzlich erst selbst ein Buch veröffentlicht hat („Unsere Steuern: Wer zahlt? Wie viel? Wofür?“). Mit dabei war auch Carsten Schneider, der eindrucksvoll erläutert hat, was sozialdemokratische Steuerpolitik ausmacht: die intelligente Balance von sozialpolitischer Ambition, Zukunftsinvestitionen und finanzpolitischem Augenmaß. All das zum Wohle der ganz normalen arbeitenden Bevölkerung und nicht für einige Wenige. So manches,

was sich heute im Wahlprogramm der SPD befindet, wurde bei dieser Veranstaltung schon vorweggenommen.



Die Veranstaltung hat auch nochmal deutlich gemacht, wie wichtig es ist, dem ruinösen Steuerwettbewerb innerhalb Europas endlich ein Riegel vorzuschieben und ihn global zumindest deutlich zu erschweren. Daran arbeiten wir zurzeit im Europaparlament - leider immer wieder auch gegen den Widerstand der Konservativen und Liberalen.

IN THÜRINGEN FUß GEFASST

Für sechs Wochen arbeitete der syrische Flüchtling Rabea Jomaa als Praktikant in meinem Wahlkreisbüro. Rabea hat in Damaskus Betriebswirtschaft studiert und unterstützt mein Büro bei der Organisation von Veranstaltungen und Wahlkreistagen. In einem kurzen Interview berichtet er von seinen Erfahrungen und Plänen.



Rabea, wie hat dir das Praktikum gefallen?

Das Praktikum war für mich sehr interessant und spannend. Vor allem die vielen Reisen durch Thüringen und die Gespräche mit zahlreichen Leuten waren sehr nützlich für mich. Dabei konnte ich nicht nur Thüringen besser kennen lernen, sondern auch mein Deutsch verbessern. Ich habe mich im Büro

wie bei einer Familie gefühlt und nie das Gefühl gehabt, ein Fremder zu sein.

Was hast du gelernt? Was war neu für dich?

Ich habe gelernt wie man eine Podiumsdiskussion organisiert und wie man sich im Rahmen dieser Veranstaltung als Referent, aber auch als Zuhörer einbringen kann. Die politische Freiheit in Deutschland ist eine tolle Sache. Man kann überall seine Meinung frei äußern. Das war ganz neu und aufregend für mich.

Wie gefällt es dir in Erfurt?

Ich lebe seit August 2015 in Erfurt und finde die Stadt toll. Ich bin glücklich hier, weil die Erfurter Altstadt mit ihren kleinen Gassen der Altstadt in Damaskus ähnelt. Deshalb fühle ich mich vielerorts an mein Land Syrien erinnert. Es gibt hier viele nette Menschen, die ich kennenlernen durfte.

Wie geht es bei dir weiter und welche Pläne hast du?

Ich habe Riesenglück, weil ich gerade ein Praktikum in einem Steuerbüro machen kann (ich habe in Syrien Wirtschaft studiert). Im August fange ich meine Ausbildung als Steuerfachangestellter in Erfurt an. Mein Ziel ist weiter zu lernen, um Steuerberater zu werden.

Lieber Rabea, viel Erfolg auf deinem weiteren Weg!

„MIT POLITIKERN KANN MAN SOGAR REDEN“



„Toll, dass man mit Politikern sogar reden kann.“ Das sagte mir vor kurzem ein Schüler nach einem Unterrichtsgespräch. Genau deshalb sind Schulbesuche immer eine besondere Freude bei der Wahlkreisarbeit. Denn ob Euro, Brexit oder Flüchtlingskrise: Das weitverbrei-

tete Vorurteil von einer politisch uninteressierten Jugend trifft schlicht nicht zu. Die Neugier auf Politik und insbesondere Europa ist groß. Deshalb nimmt mein Büro Einladungen an örtliche Schulen immer gerne in die Wahlkreis-Terminplanung auf.

Im ersten Halbjahr war ich am Dr. Salzburger Gymnasium in Bad Salzungen, an der Regelschule "Geschwister Scholl" in Weißensee, am Staatlichen Berufsbildenden Schulzentrum in Jena-Göschwitz, am Elisabeth-Gymnasium in Eisenach, an der Regeschule "Am Eichberg" in Schmölnn, am Staatlichen Berufsbildungszentrum des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt in Rudolstadt, an der ImpULS Europaschule in Schmiedefeld und an der Europa-Grundschule Marlishausen in Arnstadt.

BESUCHERFAHRT IN EINE „FREMDE WELT“

Als eine Teilnehmerin einer Straßburg-Fahrt mir bei Reiseende für die Einblicke in diese „fremde Welt“ dankte, musste ich schon schmunzeln. Auch weil an der Aussage durchaus etwas dran ist. Das Europaparlamentsgebäude wirkt auf manche wie ein Raumschiff und die EU ist für viele Menschen in Thüringen doch recht weit weg. Um diese Distanz zu überbrücken, biete ich regelmäßig Fahrten nach Brüssel oder Straßburg an. Diese sind mittlerweile so beliebt, dass es eine längere Warteliste gibt. Wer Interesse an einer Fahrt hat und etwas Geduld mitbringt, sollte sich im Wahlkreisbüro vormerken lassen.



© Europäisches Parlament

Ganz herzlich bedanken möchte ich mich bei der tollen Gruppe, die mich im März in Straßburg besucht hat. Eine besondere Freude sind für mich immer die ausführlichen Gespräche bei den gemeinsamen Abendessen ohne den sonst üblichen Zeitdruck.

UNTERWEGS IN THÜRINGEN MIT DEN SPD-BUNDESTAGSKANDIDATEN



Am 24. September ist Bundestagswahl. Im Wahlkampf wird es auch um die Frage gehen, wie wir Europa in Zukunft gestalten. Wir wollen ein sozialeres, wirtschaftlich stärkeres und demokratischeres Europa. Martin Schulz als unser Kanzlerkandidat steht wie kein zweiter für diese Ziele und deren zuverlässige und zügige Umsetzung auch im Rahmen einer neuen deutsch-französischen Initiative mit Präsident Macron. Um die Verbindung zwischen Europa-politik, Bundespolitik und Politik vor Ort deutlich zu machen, ist es mir eine ganz besondere Freude, mit jedem unserer Thüringer Bundestagskandidaten gemeinsam einen Wahlkreistag zu bestreiten. Hier die Terminübersicht:

- Christoph Matschie: Kandidat für Jena, Sömmerda und Weimarer Land I am 17. März
- Michael Klostermann: Kandidat für Eisenach, Wartburgkreis und Unstrut-Hainich-Kreis am 31. März
- Elisabeth Kaiser: Kandidatin für Gera, Greiz und Altenburger Land am 28. April
- Alexander Meinhardt-Heib: Kandidat für Saalfeld-Rudolstadt, Saale-Holzland-Kreis und Saale-Orla-Kreis am 12. Mai
- Petra Heß: Kandidatin für Gotha und Ilm-Kreis am 9. Juni
- Steffen-Claudio Lemme: Kandidat für Eichsfeld, Nordhausen und Kyffhäuserkreis am 23. August
- Christoph Zimmermann: Kandidat für Suhl, Schmalkalden-Meiningen, Hildburghausen und Sonneberg am 25. August
- Carsten Schneider: Kandidat für Erfurt, Weimar und Weimarer Land II am 28. August

VERANSTALTUNGSRÜCKBLICK (AUSWAHL)

- „Wohin des Weges, Europa?“ – Abendveranstaltung mit Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Bad Salzungen am 13. Januar
- „70 Jahre Frieden sind nicht genug“ – Diskussionsveranstaltung zur Zukunft der Europäischen Union mit Christoph Matschie in Jena am 17. März
- „Warum wir eine europäische Flüchtlingspolitik brauchen“ – Diskussionsveranstaltung mit Matthias Hey, gemeinsam mit dem Diakoniewerk Gotha am 30. März
- Diskussion mit dem Eisenacher-Nachbarschaftstreff über Europa- und Bundespolitik – mit Michael Klostermann in Eisenach am 31. März

- „Was will Trump? Die ersten 100 Tage“ – Podiumsdiskussion mit Rachel Tausendfreund (German Marshall Fund in Berlin), gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Erfurt am 27. April
- „Ist Europa fit für die Zukunft?“ - Gespräch mit Elisabeth Kaiser im Kulturzentrum Häselburg in Gera am 28. April
- „Trumps Politik als Herausforderung an Europas Außen- und Sicherheitspolitik“ – Saalfelder Dialog organisiert von der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Alexander Meinhardt-Heib, Christoph Majewski und Julius van de Laar in Saalfeld/Saale am 12. Mai
- „Frankreich vor der Entscheidung: Wer gewinnt die Präsidentschaftswahl und was bedeutet das für Europa?“ – Diskussion mit Anne Mailliet (Deutschlandkorrespondentin von France24), gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Erfurt am 5. Mai
- „The Big Short“ – Filmvorführung und Podiumsdiskussion zu Ursachen der Finanzkrise mit Georg Maier und Diana Lehmann in Zella-Mehlis am 8. Juni
- "Was bringt uns Europa" – Diskussion mit Petra Heß beim Sommerfest der SPD Crawinkel am 9. Juni
- „Nationalistische Verführung. Wie der Rechtspopulismus Europa bedroht“ – im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Internationaler Dialog, Europäische Einheit und Globalisierung“ organisiert von der Friedrich-Ebert-Stiftung, gemeinsam mit Seb Dance (Mitglied der britischen Labour Partei, Mitglied des Europäischen Parlaments) am 15. Juni in Erfurt

Kontakt:

Wahlkreis: Andreasstraße 30, 99084 Erfurt | Tel.: 0361 602 573 60 | jakob.wahlkreis@weizsaecker.eu

Büro Brüssel: Europäisches Parlament, ASP 12G346, Rue Wiertz 60, B-1047

Brüssel | Tel.: +32 2 28 47267 | jakob.vonweizsaecker@europarl.europa.eu

www.jakob.weizsaecker.eu | [Facebook](#)